



Innen- und Rechtsausschuss  
Die Vorsitzende

Kiel, 5. Dezember 2019  
Landeshaus  
Tel. (0431) 988 1143  
(0431) 988 1152  
Fax (0431) 988 610 1180  
Innenausschuss@landtag.ltsh.de

## Kurzbericht

über die 71. Sitzung des **Innen- und Rechtsausschusses**

am Mittwoch, dem 4. Dezember 2019, 14:00 Uhr  
im Sitzungszimmer 342 a des Landtags

Beginn: 14:00 Uhr

- 1. Bericht der Landesregierung über Todesfälle im Zusammenhang mit polizeilichen Maßnahmen am 01.11.2019 in Ahrensburg und 02.11.2019 in Lübeck**  
Antrag des Abg. Thomas Rother (SPD)  
[Umdruck 19/3111](#)

Das Innenministerium berichtete; eine Diskussion schloss sich an.

- 2. a) Bericht der Landesregierung zur Durchsuchung der Landesgeschäftsstelle der „Deutschen Polizeigewerkschaft“, hier: Beschlüsse des LG Kiel auf die Beschwerden gegen die Durchsuchungsbeschlüsse des AG Kiel**  
Antrag des Abg. Thomas Rother (SPD)  
[Umdruck 19/3070](#)

- b) Aktenvorlagebegehren gemäß Artikel 29 Absatz 2 Satz 2 LV**  
Antrag des Abg. Thomas Rother (SPD)  
[Umdruck 19/3094](#)

In einem öffentlichen sowie in einem nicht öffentlichen und vertraulichen Sitzungsteil berichteten Justizministerium und Staatsanwaltschaft Kiel. Es schloss sich jeweils eine Aussprache an.

Mit Zustimmung des Antragstellers wurde der Antrag auf Aktenvorlage, [Umdruck 19/3094](#), für erledigt erklärt.

- 3. Entwurf eines Gesetzes zur Abschaffung der Gleichstellungsbeauftragten in den Gemeinden, Kreisen, Ämtern und Hochschulen**  
Gesetzentwurf der Fraktion der AfD  
[Drucksache 19/1613](#)

Der Ausschuss schloss die Beratung des Gesetzentwurfs ab. Gegen die Stimme der AfD mit den Stimmen aller anderen Fraktionen empfahl er dem Landtag dessen Ablehnung.

**4. Entwurf eines Gesetzes zur Integration und Teilhabe (Integrations- und Teilhabe-gesetz für Schleswig-Holstein - IntTeilhG)**

Gesetzentwurf der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP  
[Drucksache 19/1640](#)

Der Ausschuss beschloss die Durchführung einer mündlichen Anhörung. Der Ausschussgeschäftsführer bittet um Benennung der Anzuhörenden bis 18. Dezember 2019.

**5. Besserer Schutz von Demokratinnen und Demokraten gegen rechtsextreme Bedrohungen**

Antrag der Fraktion der SPD  
[Drucksache 19/1605](#)

**Rechtsextreme Bedrohungen bekämpfen**

Alternativantrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP  
[Drucksache 19/1664](#)

Der Ausschuss beschloss die Durchführung einer mündlichen Anhörung. Der Ausschussgeschäftsführer bittet um Benennung der Anzuhörenden bis 18. Dezember 2019.

**6. a) Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Brandschutzgesetzes - Einführung einer zusätzlichen Altersversorgung für Angehörige der Freiwilligen Feuerwehren**

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD  
[Drucksache 19/1533](#)

**b) Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Brandschutzgesetzes**

Gesetzentwurf der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP  
[Drucksache 19/1617](#)

Der Ausschuss beschloss die Durchführung einer mündlichen Anhörung. Der Ausschussgeschäftsführer bittet um Benennung der Anzuhörenden bis 18. Dezember 2019.

**7. Einführung des Wahlrechts ab dem 16. Lebensjahr bei Bundestagswahlen**

Antrag der Fraktion der SPD  
[Drucksache 19/24](#)

Der Ausschuss beendete die Beratung des Antrags. Mit den Stimmen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und AfD gegen die Stimmen von SPD und SSW empfahl er dem Landtag Ablehnung.

**8. Uploadfilter verbieten - Verträge mit Verwertungsgesellschaften schließen**

Antrag der Abgeordneten des SSW  
[Drucksache 19/1403](#)

**EU-Urheberrechtsrichtlinie ohne Uploadfilter umsetzen**

Alternativantrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP  
[Drucksache 19/1477](#)

Der Ausschuss schloss die Beratung der Anträge ab. Mit den Stimmen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und AfD gegen die Stimmen von SPD und SSW empfahl er dem Landtag die Ablehnung des Antrags der Abgeordneten des SSW, [Drucksache 19/1403](#). Gegen die Stimme des SSW empfahl er den Alternativantrag

der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP, [Drucksache 19/1477](#), dem Landtag zur Annahme.

**9. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Verfassung des Landes Schleswig-Holstein**

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD

[Drucksache 19/1273](#)

Änderungsantrag der Abgeordneten des SSW

[Umdruck 19/2443](#) (neu)

Der Ausschuss schloss die Beratung des Gesetzentwurfs ab. Den Änderungsantrag der Abgeordneten des SSW, [Umdruck 19/2443](#) (neu), lehnte er gegen die Stimme des SSW ab. Mit den Stimmen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und AfD gegen die Stimmen der SPD bei Enthaltung des SSW empfahl er dem Landtag die Ablehnung des Gesetzentwurfs, [Drucksache 19/1273](#).

**10. a) Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Wohnraumförderung in Schleswig-Holstein**

Gesetzentwurf der Abgeordneten des SSW

[Drucksache 19/1751](#)

**b) Transparenz auf lokalen Wohnungsmärkten schaffen - Erstellung von qualifizierten Mietspiegeln fördern!**

Antrag der Fraktion der SPD

[Drucksache 19/1787](#)

Der Ausschuss beschloss die Durchführung einer schriftlichen Anhörung. Anzuhörende sind dem Geschäftsführer bis zum 18. Dezember 2019 anzuzeigen.

**11. Entwurf eines Gesetzes zur Harmonisierung der Haushaltswirtschaft der Kommunen**

Gesetzentwurf der Landesregierung

[Drucksache 19/1779](#)

Der Ausschuss beschloss die Durchführung einer schriftlichen Anhörung. Anzuhörende sind dem Geschäftsführer bis zum 18. Dezember 2019 anzuzeigen.

**12. Bericht zur Personalsituation im Landesamt für Ausländerangelegenheiten (LfA) in Neumünster**

Bericht der Landesregierung

[Drucksache 19/1781](#)

Der Ausschuss kam überein, im zweiten Quartal 2020 mit Vertretern des Innenministeriums zu der Vorlage sowie zu den bis dahin ergriffenen Maßnahmen zu beraten.

**13. Bericht zu eSport-Initiativen**

Bericht der Landesregierung

[Drucksache 19/1780](#)

Einstimmig nahm der Ausschuss den Bericht der Landesregierung abschließend zur Kenntnis.

**14. Immunitätsangelegenheit**

Der Tagesordnungspunkt wurde nicht öffentlich und vertraulich beraten.

## 15. Verschiedenes

Nächste Sitzungen:

- Donnerstag, 12. Dezember 2019, unmittelbar im Anschluss an die Vormittags-sitzung des Plenums (Entwurf eines Gesetzes zum Staatsvertrag über die er-weiterte Zuständigkeit der mit der Begleitung aufenthaltsbeendender Maß-nahmen betrauten Bediensteten in den Ländern, [Drucksache 19/1859](#))
- Mittwoch, 18. Dezember 2019, u. a. Tätigkeitsbericht des ULD 2019 ([Druck-sache 19/1430](#)) und Bericht zur Evaluation des Landesdatenschutzgesetzes

Schluss: 16:25 Uhr

gez. Dr. Sebastian Galka